



ERGÄNZUNGSANTRAG		Vorlage Nr.:	2018/0222	
KULT-Gemeinderatsfraktion				
Gebührenfreie Kitas in Karlsruhe: Gebührenfreiheit für das 1. Kindergartenjahr prüfen				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	15.05.2018	22.1	x	
Hauptausschuss	03.07.2018	13.1		x
Gemeinderat	17.07.2018	29.1	x	

Die Stadt Karlsruhe erarbeitet ein Umsetzungsmodell zur Gebührenfreiheit für das erste Kindergartenjahr (Ü3) und berechnet die Kosten dafür.

Sachverhalt / Begründung:

Die Stadtverwaltung legte mit dem Bericht der Arbeitsgruppe „Zuschüsse Kinderbetreuung“ ein Dokument vor, das die Bemühungen und Erfolge der Stadt in der Kleinkindbetreuung darstellt. Im Vergleich zu den baden-württembergischen Großstädten, die ein einkommensabhängiges Elternbeitragsmodell haben, stellt Karlsruhe ein finanziell günstiges und gleichzeitig qualitativ hochwertiges Angebot.

Zum September 2018 wird die Stadt eine Abdeckung für die Ü3-Betreuung von 94,2% erreichen. Dieses Ergebnis spiegelt die gesellschaftliche Notwendigkeit des Kindergartenbesuchs und die Anerkennung des hohen Stellenwertes der frühkindlichen Bildung wider. Für KULT ist klar: Insbesondere die Ganztagsbetreuung ist ein Bildungsangebot, das spielerisches Lernen ermöglicht. Der Kontakt mit Gleichaltrigen fördert die Empathiefähigkeit, die emotionale Entwicklung, das Miteinander und die Sprachfähigkeit – bei Muttersprachlern wie bei Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund.

Noch sind Kitas die einzigen Bildungseinrichtungen für junge Menschen, die gebührenpflichtig sind. Bundesweit ändert sich aktuell aber das politische Klima, siehe Koalitionsverhandlungen in Berlin. Der Deutsche Städtetag erwartet bald Bundesmittel für die Kommunen, um den Kita-Besuch kostenlos anbieten zu können.

Die Ausweitung der Kita-Plätze gibt Anlass, dass Karlsruhe einen weiteren Schritt Richtung Gebührenfreiheit geht. Aus KULT-Sicht sollte das erste Kindergartenjahr (Alter 3-4) frei sein. Mit steigendem Alter wächst die Wahrscheinlichkeit eines Geschwisterkindes und somit das Greifen der Geschwisterkindregelung. Des Weiteren bietet die finanzielle Unterstützung vielen, zum Teil gut ausgebildeten Müttern einen Weg zurück in die Erwerbstätigkeit. Arbeitsbeschäftigungen werden dadurch attraktiver, da keine finanzielle Abwägung von Betreuungskosten versus Arbeitslohn angestellt werden muss; angesichts des Fachkräftemangels ein gesellschaftlicher Gewinn.

unterzeichnet von:
Erik Wohlfeil
Max Braun
Lüppo Cramer
Michael Haug
Uwe Lancier